

Protokollauszug

aus der
66. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses
vom 01.11.2017

öffentlich

Top 5 **Sonstiges**

Zukunft Stadtwerkefest

Der Oberbürgermeister fasst die Diskussion aus dem letzten Hauptausschuss zusammen und bittet die Fraktionen um eine kurze Stellungnahme.

Herr Dr. Scharfenberg macht deutlich, dass seine Fraktion die Variante 6, die im letzten Hauptausschuss vorgestellt wurde, begrüße. Es sollen auch zukünftig keine Eintrittsgelder für das Stadtwerkefest erhoben werden. Gerade diese Offenheit mache den Charme des Festes aus. Das Sicherheitsproblem könne nicht über die Erhebung von Eintrittsgeldern gelöst werden. Dieser Ansatz gebe der Veranstaltung einen völlig neuen Charakter und dazu habe es keinen Auftrag gegeben.

Herr Finken sagt, dass eine Begrenzung der Zuschauermenge notwendig sei. Diese Begrenzung über ein Eintrittsgeld zu steuern, erachte er jedoch für schwierig. Grundsätzlich fände man die Erhebung eines Eintrittsgeldes für das Fest jedoch in Ordnung.

Frau Armbruster sagt, dass ein komplett neues Konzept für ein „Stadtfest“ für alle erwartet worden sei. Von den vorgelegten Vorschlägen und Varianten könne sie deshalb keinen unterstützen.

Herr Sändig spricht sich für die Variante 6 und gegen die Erhebung von Eintrittsgeldern für das Stadtwerkefest aus.

Frau Dr. Wegewitz spricht sich ebenfalls für eine Beschränkung der Besuchermenge über Eintrittsgelder aus. Es sollten jedoch nur „Nicht-Kunden“ der Stadtwerke für den Besuch des Stadtwerkefestes bezahlen.

Frau Müller fragt, ob die Stadtwerke überhaupt als Veranstalter auftreten und Eintrittsgelder erheben können und ob dies auf Grundlage des aktuellen Gesellschaftsvertrags zulässig sei. Herr Müller-Zinsius, Interimsgeschäftsführer der Stadtwerke Potsdam GmbH, antwortet, dass die Stadtwerke bereits jetzt als Veranstalter auftreten würden und dies geprüft worden sei. Das Ticketing sei außerdem notwendig, um die Besuchermenge begrenzen zu können. Man werde die von den Stadtwerken präferierte Variante weiter verfolgen. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke soll dann das „letzte Wort“ haben.

Der Oberbürgermeister fasst die Meinungen abschließend zusammen und hält fest, dass der Aufsichtsrat der Stadtwerke Potsdam GmbH die finale Entscheidung über die weitere Ausrichtung des Festes treffen solle.